

Uwe Doering, MdA

Parlamentarischer Geschäftsführer,

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 030 23 25 - 25 09 fax: - 25 15

doering@linksfraktion-berlin.de

www.uwe-doering.de

1. Koalitionsbeschluss zu Mietspiegel 2009 zügig umsetzen (s. 1)
2. Leserbrief zum StrABG an das VDBG-Journal (s. 1-2)
3. Ein Sozialpass für Berlin (s. 2)
4. Gregor Gysi bei der Baustellenbesichtigung bei Union (s. 2)

Koalitionsbeschluss zu Miet- spiegel 2009 zügig umsetzen

In meiner Funktion als bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion habe ich folgendes erklärt:

Die Linksfraktion begrüßt, dass sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller nachdrücklich für die Umsetzung des Koalitionsbeschlusses einsetzt, beim Mietspiegel 2009 mietdämpfende Kriterien zu berücksichtigen. Dazu hatten aufgrund der Reaktionen zum Mietspiegel 2007 SPD und LINKE bereits im November 2007 einen Antrag eingebracht (Drs. 16/1005). Zu den mietdämpfenden Kriterien gehören danach u.a.

- die energetische Beschaffenheit der Gebäude als Ansatz zur Senkung der Betriebskosten,
- die Breite der dem Mietspiegel zugrunde liegenden Mietpreisspannen sowie
- die Berücksichtigung von Verkehrslärm.

Da die Berliner Mieterorganisationen den Mietspiegel 2007 erneut nicht mitgetragen hatten, wurde Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer mit dem Koalitionsantrag weiterhin aufgegeben, bei der Erstellung des Mietspiegels 2009 einen größtmöglichen Konsens zwischen allen Beteiligten, einschließlich der Mieter- und Vermieterverbände zu erzielen. Wir gehen davon aus, dass die mit dem Abgeordnetenhausbeschluss getroffenen Vereinbarungen nunmehr ohne Zögern in Angriff genommen werden.

Zum Hintergrund dieser Mitteilung berichtete "berlinonline" am 31.07. bezugnehmend auf ddp:

Die Berliner SPD will den Anstieg der Mieten in Berlin dämpfen. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende

Michael Müller sagte «Morgenpost Online» am Mittwoch: »Vor dem Hintergrund, dass Berlin eine Mieterstadt ist und dass wir eine soziale Mischung in Berlin behalten wollen, werden wir versuchen, auf die Mietpreisentwicklung Einfluss zu nehmen.«

Das Vorhaben soll nach der parlamentarischen Sommerpause konkret werden. Es sieht vor, die Spanne für Mieterhöhungen im nächsten Mietspiegel, der 2009 erscheint, einzuschränken. Der alle zwei Jahre erhobene Mietspiegel gilt als Richtwert für Mieterhöhungen. Zudem sollen neue Kriterien in dieses Zahlenwerk mit aufgenommen werden. So soll der energetische Bauzustand der Wohnungen als eigenständiges Merkmal aufgenommen werden. Auch die Belastung durch den Verkehrslärm soll ein neues Kriterium sein.

Allerdings hat das Vorhaben auch Gegner innerhalb der Regierungskoalition, berichtet der Onlinedienst. So wäre eine der möglichen Folgen, dass die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften weniger Rendite abwerfen, als es sich der Finanzsenator wünscht. »Wir wollen, dass auch die städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften sich an die politischen Vorgaben halten und ihren Beitrag zu einer Mietpreisdämpfung erbringen«, sagte Müller.

In Berlin sind 270 000 Wohnungen im Landesbesitz.

Leserbrief zum StrABG an das VDGN-Journal

Bezugnehmend auf den Artikel: "Berlin: Senat will Eigenheimer mit allen Mitteln schröpfen", im Journal des Verbands Deutscher Grundstücksnutzer vom Juli 2008, schrieb ich folgenden Leserbrief:



Sehr geehrter Herr Beileites,

in der Juli-Ausgabe des VDBG-Journals haben Sie erneut den Eindruck entstehen lassen, als ob die Regierungsfractionen des rot-roten Berliner Senats uneingeschränkt hinter der derzeitigen Ausführung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG) stehen würden. Dem ist so in keinsten Weise. Ich möchte hiermit die von Ihnen falsch dargestellte Position der Fraktion Die Linke zum StrABG richtigstellen.

Das Rundschreiben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom April dieses Jahres lag auch mir vor. Die Anweisung an die Tiefbauämter der Bezirke, anstelle der gesetzeswidrigen Erhebung von Erschließungsbeiträgen nun rückwirkend Straßenausbaubeiträge erheben zu lassen, habe ich als völlig inakzeptabel angesehen. In einem Gespräch mit der Senatorin Ingeborg Junge-Reyer konnte ich erreichen, dass das Rundschreiben zurückgerufen wird (das Schreiben ist in der Anlage beigefügt). Zugleich habe ich deutlich gemacht, dass wir ein einheitliches Verwaltungshandeln in den Bezirken benötigen.

Die derzeitige in den Bezirken höchst unterschiedliche Praxis, bei der in einigen Bezirken die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger nicht immer berücksichtigt wird und dadurch die teuerste Ausbauvariante – mit fünfstelligen Beträgen für Grundstücke mit Einfamilienhäusern – zum Zuge kommt, findet auch unsere Kritik.

Unsere Fraktion tritt für eine für alle Bezirke einheitliche Ausführungsvorschrift zum Gesetz ein.

Durch sie muss garantiert sein, dass das Gesetz so angewendet wird, wie es vom Abgeordnetenhaus vorgesehen war. Schließlich ist im Gesetz verankert, dass die Bürgerinnen und Bürger beim Straßenausbau mitwirken und die Bezirksverordnetenversammlungen dem Ausbau zustimmen. Dabei können sie sich für die günstigste Ausbauparallel entscheiden.

Für dieses vom Abgeordnetenhaus beschlossene und vorgesehene Vorgehen unter größtmöglicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der von ihnen gewählten Bezirksverordneten wird meine Fraktion im Abgeordnetenhaus mit allem politischen Druck gegenüber Senatorin Junge-Reyer eintreten.

Hinweis: Im Bauausschuss des Abgeordnetenhauses findet am 17.09. um 15 Uhr eine Anhörung zum Thema: "2 Jahre StrABC" statt. Interessierte wenden sich bitte an mich, um Zugang zu erhalten.

Ein Sozialpass für Berlin

Aus der Sitzung des Senats am 4. März 2008:

Der Berliner Senat wird im Herbst 2008 einen Sozialpass (Berlin-Pass) für sozial Benachteiligte einführen. Menschen, die Sozialtransfers erhalten, soll damit die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Stadt erleichtert werden. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung eine entsprechende Vorlage der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Dr. Heidi Knake-Werner, zur Kenntnis genommen und an den Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme weitergeleitet.

Mit dem Pass sollen bereits vorhandene Ermäßigungen und Vergünstigungen für Freizeit- und Kulturangebote sowie im öffent-

lichen Personennahverkehr (ÖPNV) gebündelt werden. Es ist vorgesehen, das Angebot schrittweise zu erweitern. Der Pass soll an Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe, Grundsicherungsrente, Arbeitslosengeld II und von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie zum Haushalt gehörende Personen ausgegeben werden. Bisher gibt es das Sozialticket im ÖPNV und das Drei-Euro-Kulturticket für ermäßigte Theater- und Opernkarten. Darüber hinaus verfügt Berlin in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen – Kultur, Bildung, Soziales und Sport – über ein breites Spektrum an Ermäßigungen und Vergünstigungen, die nun in den Sozialpass integriert werden sollen. Der Senat setzt darauf, dass sich nicht nur öffentliche Einrichtungen, sondern auch private Firmen am Sozialpass beteiligen und im Sinne einer solidarischen Stadtgesellschaft Vergünstigungen anbieten.

Der Pass soll als einheitlicher, allgemeingültiger Berechtigungsnachweis zur Inanspruchnahme von Ermäßigungen etabliert werden. Zählt man Erwerbslose und Familienangehörige zusammen, leben in Berlin etwa 580.000 Menschen von Leistungen nach dem SGB II. Darüber hinaus leben rund 100.000 Menschen von Sozialhilfe, etwa 28.000 Rentnerinnen und Rentner erhalten eine Grundsicherungsrente und 12.000 Menschen bekommen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Gregor Gysi bei der Baustellenbesichtigung bei Union

Folgender Bericht ist von der Internetseite des 1. FC Union Berlin entnommen:

Einen besonderen Gast konnten die Verantwortlichen und Fans auf der

Baustelle Stadion An der Alten Försterei am heutigen Nachmittag (29.07.2008 - U.D.) begrüßen: Gregor Gysi, Mitglied des Bundestages und Fraktionsvorsitzender der Partei „DIE LINKE“, stattete den Unionern einen Besuch ab.



Dirk Zingler, Gregor Gysi

Beim ersten Anblick des bereits Geschafften traute er seinen Augen kaum. „Ich dachte, ich komme auf einen Baustelle, die am Anfang steht. Stattdessen ist hier schon ein ordentlicher Erfolg sichtbar. Es ist beeindruckend, wie die Koordination der Abläufe und die Einbindung der vielen Freiwilligen funktioniert“, so der 60-Jährige, der sich das Eröffnungsspiel nach Beendigung der Sanierung und Modernisierung nicht entgehen lassen will. Im Gespräch mit Präsident Dirk Zingler, Medienvertretern und den Fans informierte er sich über die Fortschritte und weiteren Planungen.

Unterdessen bewiesen die freiwilligen Helfer heute erneut „eisernen Willen“, wie es Bauleiter Axel Nowak treffend formulierte. In brütender Hitze wurden vorbereitende Maßnahmen für die Fundamente der Dachkonstruktion getroffen. Die Bauarbeiter vollzogen die Suchschachtung, um die Kabel für die Fluchtlichtanlage zu lokalisieren. Auch die Vermessungen wurden vorgenommen, damit morgen pünktlich mit den Fundamentarbeiten begonnen werden kann.

Termine:

01. September 2008, ab 19 Uhr, Podiumsdiskussion mit anschließendem Showkochen. Veranstaltung der DIE LINKE. Adlershof "Adlershof im Dornröschenschlaf?", u.a. mit Harald Wolf (DIE LINKE,

Wirtschaftssenator), Uwe Doering (MdB, Linksfraktion), Udo Franzke (Linksfraktion in der BVV TK).

14. September 2008, 14 -17 Uhr, Stand der DIE LINKE. TK beim Spätsommerfest in Altglienicke.

18. September 2008, 18 -19:30 Uhr, Sprechstunde DIE LINKE. Treptow-Köpenick, Geschäftsstelle Allendeweg 1.